

KInfo

KOMMUNISTISCHE INITIATIVE
INFORMATIONEN 04/2012 NR.60
WWW.KOMMUNISTISCHE-INITIATIVE.DE

WER ALLER LÄNDER
KÖNIGTEUCH!

DAS WACHSTUM DER PRODUKTIVKRÄFTE DER WELT-

WIRTSCHAFT FÜHRT SO ZU EINER WEITEREN INTERNATIONALISIERUNG DES WIRTSCHAFTSLEBENS, GLEICHZEITIG ABER AUCH ZUM KAMPF UM DIE NEUAUFTEILUNG DER UNTER DEN MÄCHTIGSTEN FINANZKAPITALISTISCHEN STAATEN BEREITS AUFGETEILTEN WELT.

DIE METHODEN DES RINGENS ZWISCHEN DIESEN ÄNDERN UND VERSCHÄRFEN SICH, INDEM AN DIE STELLE DER SCHLEUDERPREISE MEHR UND MEHR DIE METHODEN DES GEWALTSAMEN DRUCKS ... TRETEN.

DAHER BEGLEITEN DIE MONOPOLISTISCHE FORM DES KAPITALISMUS NOTWENDIGERWEISE IMPERIALISTISCHE KRIEGE, DIE AN AUSMAß UND ZERSTÖRENDE WIRKUNG IHRER TECHNIK BEISPIELLOS IN DER GESCHICHTE DASTEHEN.

PROGRAMM DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE 1928
(www.red-channel.de/mlliteratur/benariobaum/programm/programm.htm)



Liebe Genossin, lieber Genosse,

„Kriege, die an Ausmaß und zerstörender Wirkung ihrer Technik beispiellos in der Geschichte dastehen“? Auf 1,3 Billionen Dollar (02.04.12, costofwar.com) belaufen sich allein auf US-Seite die Kosten der aktuellen Kriege in Afghanistan und Irak, auf eineinhalb Millionen Menschen mittlerweile ihre Opfer (information-clearinghouse.info). Folgekriege wurden bzw. werden in Libyen bereits offen bzw. anderswo verdeckt geführt: In Syrien kämpfen Söldner und ihre ausländischen Berater aus europäischen und arabischen Staaten unter Einsatz großer finanzieller Mittel und enormer Waffenmengen (jghd.twoday.net); ein „Friedensplan“ des „Vermittlers“ Kofi Annan dient mittlerweile als Katalysator hin zum „heißen“ Krieg (globalresearch.ca), den die selbsternannte Koalition der „Freunde Syriens“ mittlerweile fast unverhohlen androht (s. welt.de und rt.com).

In der deutschen Journaille wie dem Stern wird die syrische Armee beschuldigt, in Homs Massaker an Zivilisten zu begehen, es wird indirekt die Einigkeit der Opposition beschworen, um die Imperialisten zum Eingreifen zu bewegen. Das Eingreifen von Arabischer Liga, Vereinten Nationen und der Organisation der islamischen Staaten wird gefordert, ganz offen werden Waffenlieferungen gerechtfertigt (irib.ir). Die portugiesische KP urteilt, es infiltrierten Söldner mit Schusswaffen und Sprengstoff von außen. Es sei mehr als offensichtlich, dass das, was in Syrien geschehe, keine Revolution und weit entfernt von einer friedlichen Volksbewegung sei. Was in Syrien passiere, sei ein militärischer und von außen angezettelter Konflikt (pcp.pt).

KI AKTUELL	S. 3
IMPERIALISMUS = KRIEG	S. 5
KAMPF DEM KAPITALISMUS	S. 12
MARXISTISCHE THEORIE	S. 17
LITERATUREMPFEHLUNG	S. 19
DAS LETZTE	S. 20

Zeitgleich wird die US-Militärpräsenz um Tausende kriegserfahrene Soldaten und eine amphibische Angriffsgruppe im Persischen Golf ausgebaut, die Drohungen Israels gegen Iran werden an Ultimaten gekoppelt (rt.com). Und erneut wird deutlich, dass der Konflikt strategische Überlegungen impliziert, die zwangsläufig zu seiner Ausweitung führen: Die USA planen, in Irak und Afghanistan invasionserfahrene Generäle nach Kolumbien zu entsenden, angeblich zur Bekämpfung der FARC (aporrea.org). Der venezolanische Präsident Chávez wies hingegen darauf hin, dass ein „acto de agresión contra Venezuela“ deutlich werde, bei dem u.a. die US-Regierung bereits jetzt ihre Staatsbürger anweise, vorsichtig zu sein, wenn sie nach Venezuela kämen (aporrea.org).

In den letzten KInfo formulierten wir: „Die derzeitige Weltkriegs-Gefahr geht in der EU einher mit Entwicklungen, die für die Arbeiterklasse katastrophal sind: Nicht nur die Lebensverhältnisse Griechenlands werden derzeit auf ein Niveau zurückgedrängt, das dem von Entwicklungsländern entspricht; ‚Reformen‘ asozialer Art sind geplant oder werden bereits durchgeführt in weiteren Staaten wie Portugal, Spanien, Italien.“ Mittlerweile zog die postfranquistische Rajoy-Regierung in Spanien nach mit Kürzungsvorhaben, deren Umsetzung die spanische Arbeiterklasse nochmals hart trafe angesichts einer jetzt bereits unzumutbaren Situation – gegenwärtig liegt die Arbeitslosenquote bei 23,6% (focus.de), die der Jugendarbeitslosigkeit nähert sich der 50%-Marke. Nun geplante Steuererhöhungen, Gehaltskürzungen und Einschnitte beim öffentlichen Dienst, die Aushebelung von Kündigungsschutz und Tarifverträgen sind Maßnahmen, die spanische Gewerkschaften zu einem Aufruf zum 24-stündigen Generalstreik am 29.03. veranlassten (span. Links zum Generalstreik: pcpe.es, redroja.net).

Auffällig ist hier eine falsche Berichterstattung auch „linker“ Medien wie z.B. der JW, wo es heißt: "Zu dem Ausstand hatten die beiden großen Gewerkschaftsbünde UGT und CCOO, regionale Verbände sowie die alternative Arbeiterorganisation CGT aufgerufen." - Die ersten, die zum Generalstreik aufgerufen hatten, waren die baskischen Gewerkschaften ELA und LAB. UGT und CCOO mussten letztlich folgen, um ihrer Rolle als Stützen des spanischen Systems nachzukommen. Beide wollen die "Reform reformieren" - nicht mehr und nicht weniger.

Die reformistischen UGT und CCOO handeln nicht anders als die deutsche Verdi, die in den aktuellen Lohnkämpfen von ihrer Forderung nach 6,5 Prozent / Jahr, mindestens aber 200 € / Monat, wieder abrückte – „mit ihrer Forderung nach einem Festbetrag, von dem vor allem die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen profitiert hätten“, habe sie sich „nicht durchsetzen“ können (fnweb.de).

Zur Niederhaltung der werktätigen Bevölkerung gehört in der BRD gleichfalls die vollkommene Ignoranz der regierenden Clique gegenüber den Regierten, die bis zum Zynismus geht: „Das Wichtigste, um Altersarmut vorzubeugen, ist eine qualifizierte und ausreichende Berufstätigkeit“ (Kristina Schröder, 28.03., <http://www.tagesschau.de/multimedia/video/sendungsbeitrag164658.html>). Ähnliches gilt für die Vorkommnisse um Schlecker oder Müller-Brot – Skandale, die deutlich machen:

Kapitalismus ist Barbarei – weg damit!
Martin

KONTAKT@KOMMUNISTISCHE-INITIATIVE.DE

KI AKTUELL

OFFENER BRIEF (MÄRZ 2012) AN DAS ZK DER KPD

An das
Zentralkomitee (ZK) der
Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: +49 (30) 98 21 930
Fax: +49 (30) 97 89 66 69
Mail: post@k-p-d.org
URL: www.k-p-d.org

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir bedanken uns herzlich für Eure Einladung zu dem von Euch für den 9. Juni diesen Jahres in Berlin organisierten „ bundesweiten Treffen von Kommunisten“.

Zunächst: wir unterstützen Eure Intention, Kommunisten zu einer Tagung einzuladen, die folgende Grundprinzipien („Die Rote Fahne“, Februar 2012, Seite 2; Zentralorgan der KPD) unterstützen:

„1. Das Ziel des Sozialismus/Kommunismus kann nur auf der Grundlage der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse, dem Marxismus-Leninismus, erreicht werden; 2. Die revolutionäre Erlangung der Macht der Arbeiterklasse und Errichtung der Diktatur des Proletariats (natürlich im Bündnis mit anderen nichtkapitalistischen Klassen und Schichten), der Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit; 3. Die Vergesellschaftung des Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln; 4. Fester Bestandteil der kommunistischen und Arbeiterparteien ist der proletarische Internationalismus; 5. Die Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiterklasse und ihrer natürlichen Verbündeten in allen sozialistischen Ländern. Die DDR war das Beste, was die revolutionäre deutsche Arbeiterklasse in ihrer bisherigen Geschichte erreicht hatte; 6. Hauptursache für die Zerstörung und Beseitigung des Sozialismus auf deutschem Boden war der Revisionismus und Opportunismus. Deshalb führt die KPD einen konsequenten Kampf gegen Revisionismus, Opportunismus und seine Hauptform, den Antistalinismus.“

Wir müssen allerdings bereits jetzt davon ausgehen, dass diese richtigen Positionen von nicht wenigen dort anwesenden Kräften auf, während und vor Eurer Konferenz untergraben und zum Teil in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

spätestens seit Gorbatschow müsste bei uns Kommunisten doch klar und eine entsprechende Sensibilität dafür entstanden sein, dass nicht „überall Kommunisten drin sind, wo Kommunisten drauf steht“.

Auch vor diesem Hintergrund kann man leider bereits jetzt sagen, dass viele Teilnehmer des von Euch organisierten Treffens nichts oder sehr wenig mit den von Euch zu Recht aufgestellten Prinzipien zu tun haben werden. Für diese Aussage ist die schon sichere Teilnahme von Organisationen (bzw. von Einzelpersonen, die in diesem Umfeld aktiv oder von ihm geprägt worden sind), die zum Beispiel (direkt oder indirekt) die konterrevolutionäre „Sozialfaschismus-“ bzw. „Sozialimperialismustheorie“ unterstützen, ein Beleg. Zu diesen Organisationen gehören zum Beispiel die Abspaltungen der ehemaligen KPD-ML aus der BRD, die aktiv und unter Einsatz klandestiner Organisationsstrukturen die DDR bekämpften; dies gemeinsam, im Auftrag mit oder rekrutiert von dem imperialistischen Sonderdienst des BRD-Imperialismus, dem BND. Jede Form von Einheit mit diesen Kräften kann unter den heutigen Bedingungen zum Ausverkauf der von Euch aufgestellten Prinzipien führen. Gerade Ihr selbst habt diese Erfahrung in den vergangenen Jahren doch schon mehrfach in Diskussionen und Verhandlungen mit solchen dubiosen prinzipienlosen „Links“opportunisten bitter machen müssen.

Auch die Spalterorganisation „KIG 2010“, die versucht, den Namen Kommunistische Initiative zu usurpieren, wird auf Eurer Tagung anwesend, anerkannt und aktiv sein. Diese Organisation wurde von wenigen Unterstützern der „Kommunistischen Initiative (KI)“ mit Methoden der Diffamierung, Desinformation und unter dem Bruch des demokratischen Zentralismus sowie den Grundprinzipien der KI gegründet. Sie ist ferner keine eigenständige Organisation, sondern von anderen abhängig und handelt im Auftrag, die KI so intensiv wie möglich zu schädigen. Schon jetzt mobilisieren die KIG2010-Spalter (soweit das von ihnen überhaupt behauptet werden kann), aktiv auf die von Euch ausgerichtete Tagung, was auch ihr organisiertes Auftreten dort einschließt.

Eine Teilnahme der „Kommunistischen Initiative (KI)“ an der Tagung würde diese Bande teilnehmender Falschmünzer als gleichberechtigte „Partner“ dokumentieren und deshalb die Grundprinzipien der KI verletzen.

Aus diesen Gründen hat die außerordentliche Bundesmitgliederversammlung der „Kommunistischen Initiative (KI)“ am 10. März 2012 in Frankfurt mit

übergroßer Mehrheit beschlossen, an dem von Euch organisierten „bundesweiten Treffen von Kommunisten“ NICHT teilzunehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere Absage soll und darf jedoch nicht als Einigung verstanden werden. Wir möchten diesen offenen Brief an Euch nutzen, um Euch anzubieten, gerade auf Basis der von uns unterstützten 6 Grundprinzi-

pien bilaterale Beziehungen zu diskutieren und auszuloten! Wir würden uns deshalb freuen, in diesem Sinne von Euch zu hören.

Mit kommunistischen Grüßen und im Auftrag des Exekutivkomitees (EK)

Phil Ramcke
Vorsitzender der Kommunistischen Initiative (KI)

MACH MIT!

NEONAZI
AUFMARSCH
VERHINDERN

WWW.VOGLAND-NAZIFREI.DE
WWW.FACEBOOK.COM/VOGLANDGEGENRECHTS

14. APRIL 2012 | PLAUE

Kein Fußbreit den Faschisten! Mehr Infos hier:

<http://www.kommunistische-initiative.de/component/content/article/1125.html>

AUßERORDENTLICHE BUNDESMITGLIEDERVERSAMMLUNG **AUS DER ERKLÄRUNG DES EXEKUTIVKOMITEES DER KI ZUR AO. BMV**

Am 10.03.2012 fand eine der Kommunistischen Initiative in Frankfurt am Main statt. Genossinnen und Genossen aus Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Niedersachsen, Saarland, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Thüringen, sowie aus Luxemburg diskutierten und beschlossen den weiteren Weg der Kommunistischen Initiative.

In der Zeit der sich weiter zuspitzenden innerimperialistischen Widersprüche und der Aggressionen gegen unabhängige, antiimperialistisch ausgerichtete Staaten wie Syrien oder Iran hat die Kommunistische Initiative beschlossen, im Jahr 2012 den antiimperialistischen Kämpfen vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen. Es wurde einstimmig ein innerorganisatorischer Bildungs- und Klärungsprozess beschlossen, der das Ziel hat, über den wahren Charakter der imperialisti-

schen Staaten aufzuklären und die Situation in den vom Imperialismus bedrohten Staaten genau zu beleuchten.[...]

Um den anstehenden Klärungsprozess zu koordinieren und anzuleiten, wurde ein neues, mit bewährten Genossen besetztes Exekutivkomitee gewählt. Als Vorsitzender wurde Genosse Phil Ramcke aus NRW bestätigt.

Weitere Beschlüsse umfassten das bundesweite Agieren aller Genossen, die Aufgabe der KI-Medien in Hinsicht auf die Notwendigkeit der Aufklärung über

die aktuellen antiimperialistischen Kämpfe und die Notwendigkeit des Widerstandes gegen Äquidistanz, Pazifismus und Opportunismus in der Frage von Krieg und Frieden.[...]

Es lebe der antiimperialistische Kampf!
Vorwärts mit der Kommunistischen Initiative in Deutschland!

Rot Front!
Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Initiative

IMPERIALISMUS = KRIEG

DIE WEGE, DIE ZUR KATASTROPHE FÜHREN



Diese Reflexion könnte heute, morgen oder an jeglichem anderen Tag verfasst werden, ohne Gefahr zu laufen, sich zu irren. Unsere Gattung muss neuen Problemstellungen die Stirn bieten. Als ich vor 20 Jahren auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro sagte, dass eine Gattung vom Aussterben bedroht sei, hatte ich weniger Gründe als heute, um vor einer Gefahr zu warnen, die ich für eine Zeitspanne von vielleicht 100 Jahren voraussah. Damals wurde die Welt von einigen wenigen führenden Köpfen der mächtigsten Länder gelenkt. Sie applaudierten meinen Worten aus reiner Höflichkeit und fuhr in aller Gelassenheit fort, das Grab unserer Gattung zu schaufeln.

Es schien, dass auf unserem Planeten die Vernunft und die Ordnung herrschten. Seit langer Zeit schien die auf Technologie und Wissenschaft gestützte, wirtschaftliche Entwicklung das Alpha und das Omega der menschlichen Gesellschaft zu sein.

Jetzt ist alles viel klarer. Tiefgründige Wahrheiten haben sich nach und nach ihren Weg gebahnt. Knapp 200 Staaten, angeblich unabhängig, bilden die politi-

sche Organisation, der theoretisch zukommt, die Geschichte der Welt zu regieren.

Circa 25.000 Atomwaffen in Händen von verbündeten oder antagonistischen Kräften, bereit, die wechselhafte Ordnung aus Interesse oder Notwendigkeit zu verteidigen, reduzieren die Rechte von Milliarden Menschen virtuell auf Null.

Ich werde nicht in die Naivität verfallen, Russland oder China die Verantwortung für die Entwicklung dieser Art Waffen zu geben, nicht nach dem monströsen Gemetzel von Hiroshima und Nagasaki, das von Truman nach dem Tod von Roosevelt angeordnet worden ist.

Ich würde ebenfalls nicht dem Irrtum verfallen, den Holocaust zu verneinen, der den Tod von Millionen Kindern und Erwachsenen, Männern oder Frauen, vor allem Juden, Zigeuner, Russen oder anderer Nationalitäten, bedeutete, die Opfer des Nazismus waren. Deshalb ist die infame Politik derjenigen, die dem palästinensischen Volk sein Existenzrecht verweigern, abstoßend.

Glaubt vielleicht jemand, dass die Vereinigten Staaten in der Lage sein werden, mit jener Unabhängigkeit zu handeln, die sie vor der sie erwartenden, unvermeidlichen Katastrophe bewahren kann?

In wenigen Wochen werden die 40 Millionen Dollar, die Präsident Obama für seine Wahlkampagne einzunehmen versprach, nur dafür dienen, zu beweisen, dass die Währung seines Landes äußerst abgewertet ist, und dass die Vereinigten Staaten mit ihrer ungewöhnlichen und zunehmenden Verschuldung der öffentlichen Hand, die sich schon den 20 Billionen nähert, von dem Geld leben, das sie drucken und nicht davon, was sie produzieren. Der Rest der Welt bezahlt das, was sie verschleudern.

Niemand glaubt wirklich, dass der demokratische Kandidat besser oder schlechter als seine republikanischen Gegner ist: ob er nun Mitt Romney oder Rick

Santorum heißt. Die drei sind Lichtjahre von solchen herausragenden bedeutenden Persönlichkeiten wie Abraham Lincoln oder Martin Luther King entfernt. Es ist wirklich ungewöhnlich zu beobachten: eine technologisch so mächtige Nation und gleichzeitig eine Regierung so vollkommen ohne Ideen und moralische Werte.

Iran besitzt keine Atomwaffen. Das Land wird beschuldigt, angereichertes Uran herzustellen, das als Kraftstoff zur Stromherstellung bzw. Bestandteil zu medizinischen Zwecken dient. Ob man nun will oder nicht, sein Besitz oder seine Erzeugung ist nicht gleichbedeutend mit der Herstellung von Atomwaffen. Dutzende Länder nutzen angereichertes Uran als Energiequelle, aber dieses kann nicht zur Herstellung einer Atomwaffe verwendet werden, ohne vorher einen komplexen Reinigungsprozess zu durchlaufen.

Jedoch Israel, das mit Hilfe und Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten die atomaren Waffen hergestellt hat, ohne auch nur irgendjemanden darüber zu informieren bzw. Rechenschaft darüber abzulegen, und ohne heute den Besitz dieser Waffen anzuerkennen, verfügt über hunderte von ihnen. Um die Entwicklung der Forschungen in benachbarten arabischen Ländern zu verhindern, hat das Land die Reaktoren von Irak und Syrien angegriffen und zerstört. Es hat seinerseits die Absicht erklärt, die Produktionsstätten des Atomkraftstoffs von Iran anzugreifen und zu zerstören zu wollen.

Um dieses entscheidende Thema dreht sich ständig die internationale Politik in dieser komplexen und gefährlichen Region der Welt, von dem der Großteil jenes Kraftstoffs erzeugt und geliefert wird, der die Weltwirtschaft in Bewegung hält.

Die selektive Beseitigung der eminentesten Wissenschaftler des Iran durch Israel und seine Verbündeten der NATO ist zu einer Praxis geworden, die den Hass und die Rachegefühle anregt.

Die Regierung von Israel hat offen ihre Absicht erklärt, die Anlage zur Herstellung von angereichertem Uran im Iran anzugreifen zu wollen, und die Regierung der Vereinigten Staaten hat hunderte Millionen Dollar in die Herstellung einer hierfür vorgesehenen Bombe investiert.

Am 16. März 2012 haben Michel Chossudovsky und Finian Cunningham einen Artikel veröffentlicht, der Folgendes enthüllte: „Eine bedeutende Generalin der Luftstreitkräfte der USA hat die größte konventionelle Bombe – die 13,6 Tonnen schwere Bunker-Sprengerin – als ‘großartig’ für einen militärischen Angriff auf den Iran beschrieben.

Ein so gesprächiger Kommentar über eine so massive mörderische Vorrichtung erfolgte in derselben Woche, in welcher Präsident Barack Obama auftrat, um vor dem ‘leichtfertigen Reden’ über einen Krieg im Persischen Golf zu warnen.“

„...Herbert Carlisle, stellvertretender Stabschef für Operationen der Luftstreitkräfte der USA [...] fügte

hinzu, dass die Bombe möglicherweise bei irgendeinem, von Washington befohlenen Angriff gegen den Iran verwendet werden würde.

Die MOP, auf die sie sich auch als ‘Die Mutter aller Bomben’ beziehen, ist dafür entworfen, um 60 Meter Beton zu durchbohren, bevor ihre massive Bombe detoniert. Man glaubt, dass es die größte konventionelle, nicht atomare Waffe im US-Arsenal ist.“

„Das Pentagon plant einen Prozess der umfangreichen Zerstörung der Infrastruktur von Iran und massive Zivilopfer mittels der kombinierten Anwendung von taktischen Atomwaffen und monströsen konventionellen Bomben mit pilzförmigen Wolken, einschließlich MOAB und der noch größeren GBU-57A/B oder Massive Ordnance Penetrator (MOP), welche die MOAB in Zerstörungskraft übersteigt.

Die MOP wird beschrieben als ‘eine mächtige neue Bombe, die direkt auf die unterirdischen Atomanlagen des Iran und von Nordkorea gerichtet ist. Die immense Bombe ist länger als 11 Personen Schulter an Schulter nebeneinander, bzw. misst mehr als 6 Meter von der Base bis zur Spitze’.“

Ich bitte den Leser um Verzeihung wegen diesem komplizierten militärischen Jargon.

Wie wahrgenommen werden kann, gehen solche Berechnungen von der Annahme aus, dass die iranischen Kämpfer - die Millionen Männer und Frauen zählen, welche bekannt für ihren religiösen Eifer und ihre Kampftraditionen sind -, sich ergeben werden, ohne einen Schuss abzugeben.

Vor wenigen Tagen haben die Iraner gesehen, wie jene Soldaten der Vereinigten Staaten, die Afghanistan besetzt halten, in einer Zeitspanne von knapp drei Wochen ihren Harn auf Leichen von ermordeten Afghanen abgelassen, die Bücher des Koran verbrannt und mehr als 15 wehrlose Bürger ermordet haben.

Stellen wir uns einmal die Streitkräfte der Vereinigten Staaten vor, wie sie solch monströse Bomben, die 60 Meter dicke Betonmauern durchdringen, auf Industrieanlagen abwerfen. Niemand zuvor war solch ein abenteuerliches Wagnis geplant worden.

Es braucht nichts weiter gesagt zu werden, um zu begreifen, wie schwerwiegend solch eine Politik ist. Auf diesem Wege wird unsere Gattung unerbittlich zur Katastrophe geführt werden. Wenn wir nicht zu verstehen lernen, dann werden wir niemals zu überleben lernen.

Ich hege meinerseits nicht den geringsten Zweifel, dass die Vereinigten Staaten kurz davor stehen, den größten Fehler ihrer Geschichte zu begehen und die Welt zu diesem Fehler hinzuführen.

Fidel Castro Ruz

21. März 2012

19:35 Uhr

cuba.cu/gobierno/reflexiones/2012/ale/f210312a.html

SYRISCHE AUTORITÄTEN VERHINDERN INFILTRATION DURCH TERRORISTEN AUS DER TÜRKEI

Die syrische Nachrichtenagentur SANA berichtet heute (26. März 2012) von einem Versuch bewaffneter Terroristen über die türkische Grenze syrischen Boden zu betreten. Damit bestätigt sich eine Meldung des Voltaire Netzwerks vom 17. März, das schätzte, "dass die bereits gruppierten Kräfte aus 500 bis 1000 Takfiristen an der jordanischen Grenze und aus 2000 bis 3000 an der türkischen Grenze bestehen."

Der Infiltrationsversuch fand statt "zwischen dem Dorf Darkush, nahe des Grenzdorfs Ghazaleh, und der Stadt Salqin im Gouvernement Idlib." Die nächst größere türkische Stadt ist Antakya. Bei dem Zusammenstoß sollen eine "Anzahl von Terroristen getötet und verletzt" worden sein, wiederum andere seien über die türkische Grenze entkommen. Zur Rolle der Türkei, die just an diesem Montag ihre Botschaft in

Damaskus "wegen Sicherheitsbedenken" geschlossen hatte, führt der Bericht aus:

"Medizinische Teams auf der türkischen Seite haben die Toten abtransportiert und den verletzten Terroristen medizinische Hilfe angeboten." Die syrischen Autoritäten haben beim erfolgreichen Zurückschlagen der Terroristen deren Waffen konfisziert, darunter Panzerbüchsen und Sprengstoff und (Scharfschützen)gewehre.

Lezan

Quelle:

www.sana.sy/eng/337/2012/03/26/408430.htm

s. auch:

www.voltairenet.org/DRINGEND-Syrien-Gruppierung-von

SYRIEN: GROßE MENGEN ISRAELISCHER UND AMERIKANISCHER WAFFEN ENTDECKT

Homs (IRIB, 01.04.12) - Große Mengen an verschiedenartigen in Israel und den USA gebauten Waffen sind in einem der Verstecke bewaffneter Terrorgruppen in der syrischen Stadt Homs entdeckt und sichergestellt worden.

Wie der syrische Fernsehsender meldete, stürmten syrische Sicherheitskräfte ein Versteck der Terroristen in der Region Djora al-Arayes in Homs und beschlagnahmten zahlreiche Waffen, von denen ein Teil in Israel und den USA hergestellt worden sind. In dem Haus befanden sich bei dem Angriff mehrere

bewaffnete Personen. Es konnten moderne Kommunikationsausrüstungen und Sprengstoffe sichergestellt werden, sowie gestohlene medizinische Geräte, Krankenhausbetten, Sauerstoffflaschen und verschiedene Medikamente.

QUELLE:

<http://german.irib.ir/nachrichten/nahost/item/2044-25-grosse-mengen-israelische-und-amerikanische-waffen-im-syrischen-homs-entdeckt>

„JOURNALIST“ PAUL CONROY, OPERATIVER OFFIZIER DES MI6

Voltaire Netzwerk | 9. März 2012



Als Fotoreporter des Sunday Times vorgestellt, entkam Paul Conroy gerade dem islamischen Emirat von Baba Amr, ist aber ein Agent des britan-

nischen MI6.

Auf diesem Foto sieht man ihn in Libyen (mit blauer Kugelweste) mit den Führern von Al-Qaida: zu seiner Rechten Mahdi al-Harati (mit schwarzer Kugelweste) und Abdelhakim Belhaj (mit Tarnanzug).

• Mahdi al-Harati hat eine Irin geheiratet und in Dublin gelebt. Paul Conroy ist Ire aus Nordirland und in Liverpool aufgewachsen.

Laut dem ehemaligen spanischen Premierminister José Maria Aznar, wird Mahdi al-Harati immer noch in Spanien für seine Beteiligung an den Anschlägen von Madrid vom 11. März 2004 gesucht.

Mit einem gepflegteren Bart und einer NGO Deckung wurde Mahdi al-Harati 2010 durch den MI6 in die „Freiheitsflotte“ infiltriert, welche versuchte, dem Gazastreifen humanitäre Hilfe zu bringen.

Mahdi al-Harati kommandierte die Al-Qaida Brigade, die das Rixos Hotel in Tripolis im August 2011 belagerte. Laut Khamis Kadhafi wurde er von französischen Ausbildnern überwacht. Nach einer ausländischen Militärquelle sehr hohen Niveaus, hatte al-Harati von der NATO die Aufgabe erhalten, libysche

Führer in einem Versteck des Hotels zu erfassen und im Hotel den ehemaligen US-Abgeordneten und Assistenten von Martin Luther King, Walter Fauntroy zu ermorden. Er sollte auch zwei Mitarbeiter des Voltaire Netzwerkes, Thierry Meyssan und Mahdi Darius Nazemroaya, die im Hotel Radisson wohnten, eliminieren, wo al-Harati sein Folterzentrum einrichtete. Dieser Beschluss wurde in einer begrenzten Sitzung des NATO Kommandos einige Tage vorher in Neapel gefasst. Der Bericht bezeugt die Anwesenheit von Alain Juppé bei dieser Sitzung. Darüber befragt, leugnet sein Sekretär jegliche Beteiligung des französischen Außenministers und erklärt, er sei zu dieser Zeit in Urlaub gewesen.

Im Oktober 2011 inszenierte Mahdi al-Harati in Syrien ein Musterdorf in den Bergen der türkischen Grenze. Während zwei Monaten empfing er dort westliche Reporter, um ihnen die syrische „Revolution“ zu preisen. Das Dorf ist von einem Stamm bewohnt, der für von ihm gespielte Demonstrationen und Pressefotos bezahlt wurde. Al-Harati hat dort namentlich Paul Moreira von Canal Plus und Édith Bouvier vom Figaro empfangen.

• Abdelhakim Belhaj ist der rechte Arm von Ayman al-Zawahiri und die derzeitige Nummer 2 von Al-Qaida. Obwohl er noch immer offiziell einer der meistge-

suchtesten Verbrecher der Welt ist, wurde er von der NATO zum Militärgouverneur von Tripolis erhoben. Abdelhakim Belhaj besitzt ein Dokument, dass er Einwohner vom Qatar ist.

Abdelhakim Belhaj hat neuerdings mehrere Aufenthalte in der Türkei gemacht, wo er über ein Büro in der NATO Base von Incirlik verfügt und in Syrien, wohin er mehrere Gruppen infiltriert hat, die sich im Ganzen auf 1500 Kämpfer belaufen. Laut Ayman al-Zawahiri haben seine Männer besonders die Anschläge auf Damaskus und Aleppo begangen.

Seine Organisation, die Gruppe der islamischen Kämpfer in Libyen, hatte sich mit Al-Qaida vereinigt, aber erscheint noch immer auf der Terror-Liste des US-State-Departements und des Departement des britischen Innenministeriums.

Dadurch, dass Conroy sich anerkannten Terroristen anschloss, fällt er, sowohl in den USA als auch im Vereinten Königreich, unter das Gesetz der Unterstützung und Mithilfe von Terrorgruppen. Ihm drohen 15 Jahre Gefängnis, falls er nicht seine Immunität als Agent Seiner Majestät geltend macht.

Übersetzung Horst Frohlich

QUELLE:

www.voltairenet.org/Journalist-Paul-Conroy-operativer



Neue Rheinische Zeitung

„Es gehört die konsequenteste Zähigkeit dazu, um eine Zeitung wie die 'Rheinische' durchzuschlagen“ (Karl Marx)

Ein ZDF-Interview mit dem iranischen Präsidenten Ahmadinedschad

Von Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann

QUELLE: Online-Flyer Nr. 347 vom 28.03.2012, <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17621>

JA, WIE TICKEN SIE DENN?

Ein öffentlich-rechtlicher Fernsehsender führt ein Interview mit der deutschen Bundeskanzlerin und kommentiert dieses abschließend mit den Worten: „Wir haben die Äußerungen von Frau Merkel wiedergegeben, damit deutlich wird, wie diese Frau tickt.“ Ist ein derartiges Verhalten im Umgang mit führenden Politikern vorstellbar? In der Regel nicht. Aber es gibt Ausnahmen. Insbesondere Feindbilder verlangen danach. Einen solchen Fall konnten die Fernsehzuschauer am 19. März 2012 im ZDF erleben, als nach einem Interview mit dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad zu hören war: „Wir haben (seine Äußerungen) wiedergegeben, damit deutlich wird, wie einer der umstrittensten Politiker der Welt tickt.“



Claus Kleber und Mahmud Ahmadinedschad beim Interview in Teheran (Alle Fotos aus ZDF-Sendungen)

Nehmen wir ein anderes Beispiel: CNN führt ein Interview mit US-Präsident Obama und kommentiert unmittelbar im Anschluss: „Wir haben die Äußerungen unseres Präsidenten wiedergegeben, damit deutlich wird, wie dieser Kriegsverbrecher tickt.“ Ist das denkbar? Wohl kaum. Ganz anders im Falle Ahmadinedschad. Nach dessen Schluss-Statement war aus dem off zu hören: „Freundliche Worte, die nicht darüber hinwegtäuschen, dass Ahmadinedschads Äußerungen zum Holocaust in Deutschland strafrechtlich relevant sind. Wir haben sie wiedergegeben, damit deutlich wird, wie einer der umstrittensten Politiker der Welt tickt.“

Den Holocaust geleugnet?

Die Stimme aus dem off enthält zudem eine gravierende Unterstellung. Es wird nahe gelegt, der iranische Präsident habe den Holocaust geleugnet. Auch in den über das Interview berichtenden Medien wird diese Behauptung erhoben, z.B. im "Tagesspiegel" am 21.3.2012. Dort erscheint das Interview von Claus Kleber und er wird gefragt: „Ahmadinedschad hat in dem Gespräch erneut den Holocaust als Lüge bezeichnet. Warum haben Sie nicht widersprochen?“ Statt die in dieser Frage enthaltene falsche Behauptung zu korrigieren, bestätigt Kleber sie, indem er sagt: „Weil ich mir von vornherein vorgenommen hatte, nicht in diese Falle zu tappen. Eine Debatte über den Holocaust hätte ihm die Gelegenheit gegeben, seinen Mist voll auszubreiten.“ Er scheint sich genötigt zu sehen, nach einem beleidigenden Wort wie "Mist" zu greifen – offensichtlich, um von seiner Falschaussage abzulenken.

Aber das ist kein Einzelfall. Die Medien sind voll von Behauptungen der Holocaust-Leugnung. Einen propagandistischen Höhepunkt hat dabei die „taz“ zu bieten. Sie operiert in einem Kommentar vom 20.3.2012 mit folgendem Text: „Vor allem leugnete das iranische Staatsoberhaupt den Holocaust in einer so stumpfen Art und Weise, dass einem die Spucke wegblieb. So etwas hat es im deutschen Fernsehen zur besten Sendezeit noch nicht gegeben... Und der Irre aus Teheran ist so von Judenhass zerfressen, dass er selbst sechs Millionen tote Juden noch entehren will, indem er den Mord an ihnen leugnet.“ Und in ihrem "Bericht" vom gleichen Tag belegt sie den Vorwurf der Holocaust-Leugnung auch noch mit einem falschen Zitat: Der iranische Präsident habe gesagt, Israel sei ein künstliches Land, „entstanden durch eine Lüge mit dem Titel Holocaust“.

Was hat Ahmadinedschad nun aber tatsächlich geäußert? Auf Klebers Frage „Bezeichnen Sie Israel als ein künstliches Land?“ antwortet er: „Ja sicher. Das wissen Sie auch... das wissen auch die anderen. Wie ist dieser Staat, dieses Regime zu stande gekommen? Das ist eine kolonialistische Planung gewesen, das weiß jeder. Entstanden durch eine Lüge. Die sind

niemals Herrscher dieses Landes gewesen.“ Ahmadinedschad erläutert also, wie der Vorwurf der Lüge zu verstehen ist. Seiner Meinung nach ist die historische Darstellung falsch. Er bezweifelt den historischen Legitimationsanspruch Israels. Und er sagt weiter: „Die haben eine Geschichte mit dem Titel Holocaust gemacht. Und die Schäden, die Kosten dafür müssen die Palästinenser bezahlen. Während das palästinensische Volk überhaupt keine Rolle dabei gespielt hat...“ Es kann also nicht davon ausgegangen werden, dass sich das Wort "Lüge" auf den Holocaust bezieht, insbesondere auch deshalb nicht, weil die Verurteilung des Umstandes, dass die Palästinenser indirekt unter dem Holocaust zu leiden haben, dessen Existenz impliziert.

Gegen den Holocaust als Waffe

Es ist unzweifelhaft richtig: die Palästinenser sind nicht für den Holocaust, also den Massenmord der Nazis an den Juden, verantwortlich. Und es ist nicht einzusehen, warum sie aus dem Land, in dem sie Jahrhunderte gelebt haben, vertrieben werden, warum sie für die Verbrechen der Nazis bezahlen sollen. Einzig die Formulierung „Die haben eine Geschichte mit dem Titel Holocaust gemacht“ gibt zu denken. Aber auch das ist - wenn wir uns vergegenwärtigen, was Norman Finkelstein in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" geschrieben hat - nicht falsch. Norman Finkelstein - dessen Eltern, Maryla Husyt und Zacharias Finkelstein, als polnische Juden im Dritten Reich verfolgt und interniert wurden, überlebten das Warschauer Ghetto, das Konzentrationslager Majdanek und das Konzentrationslager Auschwitz und nach dem Zweiten Weltkrieg in die USA auswanderten - schreibt, dass „DER HOLOCAUST eine von Ideologie geprägte Darstellung der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis ist... DER HOLOCAUST ist kein willkürlich zusammengestelltes, sondern vielmehr ein in sich stimmiges Konstrukt. Seine zentralen Dogmen stützen wichtige politische und Klasseninteressen. Tatsächlich hat DER HOLOCAUST sich als unentbehrliche ideologische Waffe erwiesen. Durch deren Einsatz hat eine der stärksten Militärmächte der Welt mit einer erschreckenden Menschenrechtsbilanz sich in die Rolle eines »Opfer«-Staates versetzt... Die Berufung auf DEN HOLOCAUST war deshalb ein Trick, jeglicher Kritik an Juden die Legitimation zu entziehen“ Also hat die israelische Propaganda laut Finkelstein in der Tat eine Geschichte vom Holocaust entstehen lassen, die dazu dient, die Verbrechen der Nazis zu instrumentalisieren, indem sie zur Legitimation neuer Verbrechen - insbesondere der an den Palästinensern begangenen - missbraucht werden.

Wichtig scheint in diesem Zusammenhang zudem, sich folgendes vor Augen zu führen: DER HOLOCAUST wird - nach Norman Finkelsteins Darstellung - erst im Juni 1967 als Instrument der Politik entdeckt.

Bis dahin spielte er nur eine geringe Rolle. Juni 1967 ist übrigens der wahrscheinliche Zeitpunkt für die erstmalige Einsatzbereitschaft der israelischen Atomwaffen, was 1986 durch Mordechai Vanunu, einen ehemaligen Techniker des Negev Nuclear Research Center öffentlich bekannt wurde. Und der Begriff Holocaust wurde erst am 22. Januar 1979, als in Deutschland die US-amerikanische Fernsehserie HOLOCAUST begann in den deutschen Sprachgebrauch eingeführt. Das alles deckt sich mit den Äußerungen Ahmadinedschads im ZDF-Interview und zeugt von dessen historischem Wissen.

Ahmadinedschad interviewt seinen Interviewer

Besonders spannend und aufschlussreich wird das Interview, als Ahmadinedschad die Rollen tauscht und den ZDF-Mann befragt. Ein Beispiel gleich zu Beginn:

KLEBER: „Menschen in Europa, speziell in Deutschland, schauen mit großer Spannung auf diese Region im Moment und fürchten, dass ein Krieg möglich sein könnte. Haben Sie eine Botschaft in diesem Zusammenhang heute?“



Mahmud Ahmadinedschad tauscht die Rollen und stellt selbst Fragen

AHMADINEDSCHAD: „Können Sie uns sagen, Kriegsgefahr von welcher Seite und warum?“

KLEBER: „Sie wissen so gut wie ich, dass Israel mit einem Angriff auf Iran droht, wenn sich die Frage des Nuklearprogramms nicht anders lösen lässt.“

AHMADINEDSCHAD: „Warum muss Israel drohen?“

KLEBER: „Weil Iran bis heute sich weigert, sein Atomprogramm restlos offenzulegen.“

AHMADINEDSCHAD: „Zeigen die Zionisten Klarheit und Transparenz in ihrer Nuklearfrage? Sie haben mehr als 250 atomare Sprengköpfe! Ist das kein Problem, wenn sie so ausgestattet sind?“

KLEBER: „Israel gehört nicht zum Atomwaffensperrvertrag. Es hat keine vertragliche Verpflichtung, das offen zu legen. Iran hat diese Verpflichtung.“

AHMADINEDSCHAD: „Das heißt, jeder, der nicht Mitglied von NPT-Vertrag [Atomwaffensperrvertrag] ist, ist frei zu tun, was er will?“

KLEBER: „So ist das wohl.“

Damit machte Claus Kleber den Irrsinn der "westlichen" Argumentation in einem Maße deutlich, das ihm wahrscheinlich später beim Nachdenken kaum lieb gewesen sein dürfte. Es gelang ihm nicht den Präsidenten vorzuführen. Eher war das Gegenteil der Fall.

Als Ahmadinedschad auch noch die Frage stellte: „Warum haben ein paar Zionisten das Recht, allen anderen Menschen zu drohen? Gibt es ein ungeschriebenes Gesetz, dass die Zionisten über allen internationalen Regelungen und Gesetzen und Vorschriften stehen?“, gab es von Claus Kleber keine Antwort mehr, nur noch ein nervöses Augenzucken.

Der Präsident widersprach auch weiter erfolgreich verschiedenen Facetten der gegen sein Land gerichteten Propaganda und entzog ihr damit den Boden. Als Kleber ihn darauf ansprach, er habe gesagt, Israel werde „von der Landkarte verschwinden“, erklärte Ahmadinedschad, dass es ihm um das Ende von „Besatzung und Verbrechen“ gehe, um das Ende des israelischen Terrors gegen die Palästinenser.

Zum Thema Atomwaffen, deren Entwicklung Iran unterstellt wird, sagte er unmissverständlich: „Wir sind prinzipiell gegen diese nuklearen Bomben. Das ist eine unmenschliche, unmoralische Waffe.“ Wer danach strebe, sei „zurückgeblieben“.

Zuschauer-Reaktionen

Eine Reihe von Zuschauer-Reaktionen zeigte anschließend, dass das Interview - aus dem Blickwinkel der Kriegstreiber - erheblich nach hinten losgegangen ist. Diese Kommentare sind in unabhängigen youtube-Veröffentlichungen des Interviews zu finden. Beim ZDF selbst sucht man vergeblich nach Stimmen des Fernsehpublikums. Deshalb hier einige Zitate:

„Für das, was Ahmadineshad gesagt hat, Daumen hoch und Respekt! Er hat hier eindrucksvoll bewiesen, was ein Reporter darf und was nicht! ER DARF: die Propagandaleier weiter kurbeln, um die Kriegshetze voran zu treiben. ER DARF NICHT: zulassen das jemand hier unbequeme Fragen aufwirft und Zusammenhänge bis weit in die Geschichte hinterfragt, die unerwünscht für die Kriegstreiber sind!“

„Lieber Herr Kleber, schämen Sie sich, denn selbst als eine Marionette waren Sie schlecht. Man sieht es wieder ganz klar, dass das ZDF nur beauftragt wurde, einen abscheulichen Angriffskrieg gegen den Iran salonfähig zu machen.“

„Ich finde das sehr plausibel, was der iranische Präsident da sagt. Es ergibt eine sehr bedeutende Logik. Wie kann man beweisen, dass man keine Atombombe baut? Gar nicht. Der Präsident sagt ja, dass er der IAEA vollen Zugang gewährt hatte. Diese hat dann

die Namen der Wissenschaftler hinterrücks veröffentlicht, woraufhin dann die Wissenschaftler ermordet wurden. Das ist Verrat.“

„Gegen Ahmadinedschads vernünftige Antworten hat irgendwie kein Reporter eine Chance!“

„Eigentlich sollte man Claus Kleber danken. Noch nie war es so deutlich, dass freier Journalismus in Deutschland nur eine Illusion ist wie in diesem Interview. Danke“

Wie "unsere" Medien ticken

Sehr wahrscheinlich war sich das ZDF der Brisanz des Interviews bewusst und hat es deshalb erst spät in der Nacht gesendet. Claus Kleber über Ahmadinedschad: „Ja, von diesem Mann geht eine böse Faszination aus, und das hat man so deutlich bisher im deutschen Fernsehen wohl noch nicht gesehen.“ Man ahnt in den Führungsetagen der Medien wohl, dass das Publikum nicht so dumm ist, wie man es gerne hätte, und dass es erkennen könnte, wer hier welches Spiel treibt.

Das lässt sich auch aus der Tatsache schließen, dass das ZDF die Ausstrahlung des Interviews mit Beiträgen umgab, die den Zuschauer in einer bestimmten Weise konditionieren sollten. Das „Interview wird in ausgewogene Iran-Berichterstattung eingebettet“, formulierte das ZDF diese Strategie.

In einem heute-journal-Beitrag äußerte sich Claus Kleber über das Interview und projizierte sein eigenes Ich auf das Gegenüber, indem er über den iranischen Präsidenten sagte: „Man hat das Gefühl, der hört gar nicht zu. Der versteht gar nicht, wie wir die Situation im Moment sehen... Er ist ein Mann, der eine Maske bleibt für mich. Und ich weiß nicht, was wirklich dahinter steckt.“ In einem anderen heute-journal-Beitrag wurden ohne eine Spur von Distanzierung Israels Pläne zum Angriff auf Iran vorgestellt.



So bereitete das ZDF im heute-journal zur Einstimmung auf das Interview seine Zuschauer auf einen Angriffskrieg gegen Iran vor.

Es war insgesamt in der Tat ein bemerkenswertes Interview, das die intellektuelle und moralische Überlegenheit Ahmadinedschads deutlich werden ließ. Wie die Damen und Herren "unserer" Medien ticken? Offenbar weitgehend im Gleichschritt mit denen der "westlichen" Politik. Das hat das ZDF unfreiwillig weitgehend beantwortet. (PK)

Quellen:

Das ZDF-Interview mit dem iranischen Präsidenten als Video:
<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/hauptnavigation/nachrichten#/beitrag/video/1598064/Ahmadinedschad:-Atomwaffen-unmoralisch%22>
<http://www.youtube.com/watch?v=5uE4TXyAKjc>
<http://www.youtube.com/watch?v=P2VJIOR8I3s>

Transkript des ZDF-Interviews mit dem iranischen Präsidenten:
<http://frankinformiert.wordpress.com/2012/03/23/zdf-interview-claus-kleber-mit-m-ahmadinedschad-komplett-im-wortlaut/>

Video des ZDF-heute-journal-Beitrags „Irans gefährliches Spiel mit der Bombe“ vom 19.3.2012
„Die Zeichen am Golf stehen auf Konfrontation: Iran hält an seinem Atomprogramm fest - niemand weiß, ob Ahmadinedschad die Bombe bauen will oder nicht. Israel bringt seinen Verbündeten USA in Zugzwang.“
<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/hauptnavigation/nachrichten#/beitrag/video/1597504/Irans-gef%C3%A4hrliches-Spiel-mit-der-Bombe>

Video des ZDF-heute-journal-Beitrags „Claus Kleber nach dem Interview“ vom 19.3.2012
„ZDF-Moderator Claus Kleber erzählt im Auto nach dem Interview mit Irans Präsident Ahmadinedschad, wie er das Gespräch empfunden hat.“
<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1598088/Claus-Kleber-nach-dem-Interview>

„Ahmadinedschad-Interview: Fragen nicht abgestimmt - Interview wird in ausgewogene Iran-Berichterstattung eingebettet“
ZDF-Meldung, 19.03.2012
<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/26/0.3672.8497018.00.html>

„Unwidersprochener Judenhasse - Kleber hätte Ahmadinedschad widersprechen müssen“
Philipp Gessler in 'taz', 20.03.2012
<http://www.taz.de/!90016/>

„Der iranische Präsident im ZDF-Interview - Ahmadinedschad bleibt sich treu“
'taz', 20.03.2012
<http://www.taz.de/!89963/>

„Irans Präsident leugnet Holocaust im deutschen TV“
'Die Welt', 19.03.2012
<http://www.welt.de/politik/ausland/article13931142/Irans-Prasident-leugnet-Holocaust-im-deutschen-TV.html>

„Ich wollte keine Holocaust-Debatte“
Interview des 'Tagesspiegel' mit Claus Kleber vom ZDF, 21.03.2012
<http://www.tagesspiegel.de/medien/tv-interview-mit-ahmadinedschad-ich-wollte-keine-holocaust-debatte-/6351706.html>

Die Holocaust-Industrie - Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird
Norman G. Finkelstein, Piper, München 2001

KAMPF DEM KAPITALISMUS

DIE ARMUTSGEFÄHRDUNG IST IN DEUTSCHLAND HÖHER ALS IN NACHBARLÄNDERN

In Deutschland sind 15,6 Prozent oder rund 13 Millionen Menschen armutsgefährdet, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. In den Nachbarländern Tschechien, Niederlande und Österreich liegt die Quote niedriger. In den Niederlanden liegt die Quote bei knapp über zehn Prozent, in Österreich bei rund zwölf Prozent. Europaweit betrug die Armutsgefährdung im Jahr 2009 "durchschnittlich" 16,4 Prozent.

Die statistische Grenze für Armutsgefährdung liegt in Deutschland bei einem Jahreseinkommen von 11.278 Euro. In fast allen unmittelbaren Nachbarländern ist die Armutsschwelle höher. Niedriger ist die Armutsschwelle in Polen (2.643 Euro Jahreseinkommen) und in der Tschechischen Republik (4.235 Euro).

Während in Deutschland die 20 Prozent der am besten verdienenden Menschen viereinhalb mal so viel verdienen wie die Gruppe der einkommensschwächsten, bekamen sie im EU-"Durchschnitt" fünfmal so viel. Am kleinsten ist der Einkommensunterschied in Ungarn, Slowenien und dem Nicht-EU-Staat Norwegen (mit je 3,4). In Belgien liegt der Einkommensunterschied bei 3,9 und in Polen bei 5,0.

[Anmerkung: Vermögensmillionäre, Multimillionäre und Milliardäre wurden in der Statistik nicht berücksichtigt: z. B. die Jahresdividende 2010 für Familie

Quandt in Höhe von rund 365 Millionen Euro und für 2011 von rund 650 Millionen Euro (- nur jeweils von der BMW AG) etc.]

In Litauen bekamen die oberen 20 Prozent der am besten verdienenden Menschen mehr als siebenmal so viel wie Einkommensschwache - gefolgt von Lettland und Spanien (jeweils 6,9), Rumänien (6,0), Bulgarien (5,9) und Griechenland (5,6). In diesen Ländern gilt jeder Fünfte als arm (20 Prozent). - In den Niederlanden ist etwa jeder Zehnte von Armut bedroht, in der Tschechischen Republik sind es etwas weniger.

Quelle: t-online.de, 27.03.2012. Armutsgefahr in Deutschland höher als in vielen Nachbarstaaten http://wirtschaft.t-online.de/armutsgefahr-in-deutschland-hoehler-als-in-vielen-nachbarstaaten/id_55143466/index

Siehe hier auch: Armutsgefährdung und Einkommensungleichheit 2009 in der Europäischen Union: 1. Schwellenwert für Armutsgefährdung in den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten; 2. Anteil in Prozent der Bevölkerung; 3. Verhältnis zwischen dem oberen und dem unteren Fünftel der Verteilung der Äquivalenzeinkommen in der Bevölkerung. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

27.03.2012, Reinhold Schramm

PARTEISPENDEN FÜR "FREIHEIT", "DEMOKRATIE" UND "MENSCHENRECHTE" - DER BOURGEOISIE UND AKTIONÄRE!

Januar 2011: FDP, 75.000 Euro, Bayerische Motoren Werke AG, Eingang der Spende: 23.12.2010, Eingang der Anzeige: 06.01.2011; FDP, 65.129,35 Euro, Bayerische Motoren Werke AG, Eingang der Spende: 23.02.2011; SPD, 95.338,10 Euro, BMW AG, 23.02.2011; CSU, 142.331,72, BMW AG, 23.02.2011; CDU, 56.129,42, BMW AG, 23.02.2011.

März 2011: FDP, 50.500 Euro, Allianz SE, 30.06.2011.

Juni 2011: CSU, 50.001 Euro, Allianz SE, 30.06.2011.

Juli 2011: SPD, 50.001 Euro, Allianz SE, 01.07.2011; FDP, 50.001 Euro, Allianz SE,

01.07.2011; CDU, 100.000 Euro, Berenberg Bank Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, 01.07.2011; CDU, 50.001 Euro, Allianz SE, 01.07.2011; Bündnis 90/DIE GRÜNEN, 50.001 Euro, Allianz SE, 01.07.2011.

August 2011: SPD, 150.000 Euro, Daimler AG, 10.08.2011; CDU, 150.000 Euro, Daimler AG, 10.08.2011; CDU, 60.000 Euro, Verband der Metall- und Elektro-Industrie Nordrhein-Westfalen e.V., 31.08.2011.

Oktober 2011: CDU, 100.000 Euro, Südwestmetall Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e.V., 07.10.2011; SPD, 60.000 Euro, Südwestmetall Verband der Metall- und Elektroin-

dustrie Baden-Württemberg e.V., 07.10.2011; Bündnis 90/DIE GRÜNEN, 60.000 Euro, Südwestmetall Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e.V., 07.10.2011.

Dezember 2011: CSU, 320.000 Euro, Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie e.V., 21.12.2011; FDP, 80.000 Euro, Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie e.V., 22.12.2011; {...}.

März 2012: SPD, 109.472,88 Euro, Bayerische Motoren Werke AG, 05.03.2012; CSU, 141.500,44 Euro, Bayerische Motoren Werke AG, 05.03.2012; FDP, 59.024,04 Euro, Bayerische Motoren Werke AG, 05.03.2012; CDU, 57.048,34 Euro, Bayerische Motoren Werke AG, 06.03.2012. (Vgl.) [1]

Anmerkung

BERLINS EUROPÄISCHE REZESSION

16.03.2012 BERLIN (Eigener Bericht) –

Das von Berlin und Brüssel verordnete Spardiktat treibt nahezu alle verschuldeten Länder Südeuropas immer tiefer in die Rezession. Dies zeigen neue Daten über die ökonomische Entwicklung Spaniens, Italiens, Portugals und Griechenlands. Demnach ist etwa die Wirtschaft Portugals im letzten Quartal 2011 um 1,3 Prozent eingebrochen und könnte in diesem Jahr um bis zu sechs Prozent schrumpfen. Die italienische Industrieproduktion verzeichnet starke Rückgänge. Die Umsätze im spanischen Einzelhandel - ein Indikator für den privaten Konsum - sind im Vergleich zu 2007 um fast ein Viertel gesunken. Griechenland nähert sich inzwischen dem ökonomischen Niveau von Staaten Lateinamerikas oder Südostasiens an, die bisher deutlich hinter europäischen Standards zurücklagen. Weil die massiven Einbrüche auch deutsche Exporte treffen, droht die Rezession auf längere Sicht auch auf Deutschland zurückzuschlagen - mit gravierenden Folgen.

"Auf dem richtigen Weg"

Berlin setzt seinen desaströsen wirtschaftspolitischen Sparkurs weiterhin in ganz Europa durch. Unbeirrt von der einbrechenden Rezession in Teilen der Eurozone sprechen sich führende deutsche Politiker und Funktionsträger ungebrochen für eine Fortführung der Austeritätspolitik aus, die mit der Unterzeichnung des EU-Fiskalpakts am 2. März für nahezu alle EU-Staaten verbindlich wurde. Am 6. März erklärte etwa Finanzminister Wolfgang Schäuble, Europa befinde sich nach der Unterzeichnung des Fiskal-

pakts auf "dem richtigen Weg".[1] Er hoffe, dass bald alle Mitglieder der EU das maßgeblich von Berlin formulierte Abkommen unterschrieben, ergänzte er unter Verweis auf Tschechien und Großbritannien, die sich dem eine schleichende Erosion staatlicher Souveränität bewirkenden Vertragswerk verweigert haben. Am 13. März hat Bundesbank-Präsident Jens Weidmann "härtere Reformen" und vermehrte Sparbemühungen von den südlichen Euroländern eingefordert, die derzeit nahezu geschlossen in Rezession übergehen.[2]

Quelle: [1] Deutscher Bundestag. Veröffentlichung von Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 50.000 Euro übersteigen (§ 25 Abs. 3 Satz 3 Parteiengesetz) [\$]

[2] Finanzen.net, 13.03.2012: Dividende soll steigen: »BMW-Erfolg spült fast 650 Millionen in die Familienkasse der Quandts« Vgl. www.finanzen.net

29.03.2012, Reinhold Schramm

GERMAN-FOREIGN-POLICY.COM
Informationen zur deutschen Außenpolitik : Nachrichten + Interviews + Analysen + Hintergrund

pakts auf "dem richtigen Weg".[1] Er hoffe, dass bald alle Mitglieder der EU das maßgeblich von Berlin formulierte Abkommen unterschrieben, ergänzte er unter Verweis auf Tschechien und Großbritannien, die sich dem eine schleichende Erosion staatlicher Souveränität bewirkenden Vertragswerk verweigert haben. Am 13. März hat Bundesbank-Präsident Jens Weidmann "härtere Reformen" und vermehrte Sparbemühungen von den südlichen Euroländern eingefordert, die derzeit nahezu geschlossen in Rezession übergehen.[2]

Rezession in Spanien

Eine dramatische Zuspitzung erfuhr etwa die Lage in Spanien, das seit dem Amtsantritt der Rechtsregierung um Ministerpräsident Mariano Rajoy einen strikten Sparkurs verfolgt. Aufgrund der bereits beschlossenen Sparmaßnahmen schrumpfte die Wirtschaftsleistung des Landes im vierten Quartal 2011 um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Die Regierung Rajoy geht für dieses Jahr von einer sich verschärfenden Rezession aus, die zu einer Kontraktion der Wirtschaft um insgesamt 1,7 Prozent führen werde. Spanien wies im Februar die europaweit höchste Arbeitslosenquote von offiziell 21,2 Prozent auf, wobei die Jugendarbeitslosigkeit inzwischen sogar auf 46 Prozent gestiegen ist. Zum Vergleich: Vor Krisenbeginn, Mitte 2007, lag die Arbeitslosigkeit südlich der Pyrenäen bei rund acht Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit bei circa 15 Prozent. Der Abschwung auf der

iberischen Halbinsel wird - ähnlich wie in Griechenland - durch eine aufgrund der Sparmaßnahmen einbrechende Binnennachfrage ausgelöst. So sanken die spanischen Einzelhandelsumsätze im vergangenen Januar um 4,8 Zähler gegenüber dem Vorjahreszeitraum, wobei die ganze Dramatik des Einbruchs erst aus einer längerfristigen Perspektive sichtbar wird: Gegenüber März 2007 schrumpften die Umsätze im Einzelhandel sogar um 23 Prozent.

Weiter "sparen"

Die sich zuspitzende Wirtschaftslage nötigte die Regierung Rajoy, den von der EU vorgegebenen Sparplan infrage zu stellen. Ursprünglich wollte sie das spanische Haushaltsdefizit von 8,5 Prozent im Jahr 2011 auf 4,4 Prozent senken, doch die an Fahrt gewinnende Rezession ließ die spanische Defizitprognose auf 5,8 Prozent ansteigen. Nach kontroversen Verhandlungen in Brüssel am vergangenen Montag musste Madrid weitere Einsparungen in Höhe von 0,5 Prozent des BIP zusagen, um eine leichte Erhöhung der Defizitgrenze auf 5,3 Prozent eingeräumt zu bekommen. Spanien müsse dieses Jahr "größere Konsolidierungsanstrengungen" unternehmen, mahnte Eurogruppenchef Jean-Claude Juncker, der zugleich bekräftigte, das Land habe ab 2013 sein Haushaltsdefizit unbedingt unter die Grenze von drei Prozent des BIP zu drücken.[3]

Abschwung in Italien

In Italien vertieft sich ebenfalls der Abschwung, der bereits in der zweiten Jahreshälfte 2011 eingesetzt hat. Selbst die EU-Kommission geht in ihrer Prognose davon aus, dass die Wirtschaft südlich der Alpen im ersten Quartal 2012 um 0,7 Prozent gegenüber dem Vorquartal schrumpfen werde. Dabei könnte sich diese Prognose als zu optimistisch erweisen: Schon der jüngst gemeldete Einbruch der italienischen Industrieproduktion fiel mit rund 2,5 Prozent gegenüber dem Vormonat rund dreimal so hoch aus wie von Experten prognostiziert. Die Technokraten-Regierung um den von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy durchgesetzten Ministerpräsidenten Mario Monti hatte ebenfalls Austeritätsprogramme durchgepeitscht, die mit Mehrwertsteuererhöhungen, Rentenkürzungen und einer weiteren Deregulierung des Arbeitsmarktes einhergehen - und die, wie die Sparmaßnahmen in Griechenland, zum Einbruch der Binnennachfrage führen. So sanken die Pkw-Neuzulassungen in Italien im Februar um 18,9 Prozent; dies traf übrigens auch deutsche bzw. in Deutschland produzierende Hersteller wie Audi (-35%), Mercedes (-14%) und Opel (-40%). Die Einzelhandelsumsätze fielen in Italien bis zum Dezember noch relativ moderat - um 6,3 Prozent gegenüber dem Hoch vom Februar 2008; dies dürfte sich aber angesichts der noch bevorstehenden Umsetzung einiger Sparmaßnahmen wie etwa weiterer Mehrwertsteuererhöhungen rasch ändern.[4]

Portugal stürzt ab

Besonders hart haben die von Brüssel und Berlin oktroyierten Sparmaßnahmen Portugal getroffen, das eine rasante Beschleunigung seiner Rezession erfährt: Im dritten Quartal 2011 schrumpfte die portugiesische Wirtschaft um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorquartal, im vierten Trimester waren es schon 1,3 Prozent. Für dieses Jahr erwartet das verarmte Land unterschiedlichen Prognosen zufolge einen Wirtschaftseinbruch von 3,3 bis zu sechs Prozent.[5] Die Arbeitslosenquote stieg in Portugal inzwischen auf 14,8 Prozent, während die Rechtsregierung von Ministerpräsident Pedro Passos Coelho alle Hebel in Bewegung setzt - Massenentlassungen und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst oder überstürzte Privatisierungen -, um das Defizitziel von 4,5 Prozent für 2012 trotz Rezession zu realisieren.

Auf dem Weg in die "Dritte Welt"

Wohin diese von der deutschen Regierung ganz Europa verordnete Austeritätspolitik führt, illustriert der dramatische Zusammenbruch Griechenlands, das inzwischen buchstäblich in den Kollaps gespart worden ist. Das Land, das allen Prognosen zufolge 2012 das vierte Jahr in Folge in der Rezession verbleiben wird, nähert sich immer stärker dem ökonomischen Stand von Ländern der sogenannten Dritten Welt an. Sollte die Kontraktion der Wirtschaft anhalten, werden Länder wie Vietnam oder Peru an Griechenland vorbeiziehen, sagt die deutsche Wirtschaftspresse voraus. Bei einer stärkeren Rezession könnte sogar Bangladesch ein höheres Bruttoinlandsprodukt in Relation zur Kaufkraft als Griechenland aufweisen. Die Financial Times Deutschland spricht von einem "historisch beispiellosen" Kollaps der Wirtschaft: "Einige Experten fürchten, dass das BIP 2012 erneut um bis zu acht Prozent schrumpft nach voraussichtlich rund 6,5 Prozent 2011." Es handele sich "wohl um die schwerste Rezession der Nachkriegszeit in einem westlichen Land", urteilt Barry Eichengreen, Wirtschaftshistoriker an der Universität Berkeley.[6]

Rückschlag auf Deutschland

Dabei wird sich auch Deutschlands Exportindustrie dem Abwärtssog in der Eurozone auf lange Sicht kaum entziehen können - trotz steigender Ausfuhren in sogenannte Schwellenländer. Die Auftragseingänge der deutschen Industrie aus EU-Ländern gehen inzwischen dramatisch zurück: "Bereits ab der Jahresmitte waren die Neuaufträge aus den Ländern der Währungsunion immer weiter eingebrochen, nachdem im Sommer die Schuldenkrise erneut eskaliert war", berichtet die Wirtschaftspresse. "Zudem ging infolge starker Einsparungen in vielen Absatzmärkten die Nachfrage nach deutschen Produkten zurück." [7] Das Berliner Spardiktat droht letztlich auch die exportabhängige deutsche Volkswirtschaft in die Re-

zession übergehen zu lassen - und dann würde wohl auch die deutsche Bevölkerung mit ähnlichen Kahlschlagsprogrammen konfrontiert wie jetzt die Bevölkerungen Griechenlands, Portugals, Spaniens und Italiens. [...]

[1] Germany Fin Min: EU On "Right Path" With Fiscal Compact; online.wsj.com 07.03.2012

[2] Weidmann fordert härtere Reformen von den Eurostaaten; www.focus.de 13.03.2012

[3] Eurozone knöpft sich Spanien vor; www.handelsblatt.com 12.03.2012

[4] Europas Sorgenkinder; www.handelsblatt.com 23.02.2012

[5] Europa spart sich in die Rezession; www.ftd.de 15.02.2012

[6] Dramatischer Wohlstandsverlust in Griechenland; www.ftd.de 13.03.2012

[7] Euro-Krise peinigt deutsche Exporteure; www.ftd.de 13.03.2012

QUELLE: german-foreign-policy.com/de/fulltext/58292?PHPSESSID=t385okad049jsu60cubg0mb7q2

IN DIE PLEITE

Europäische Union kopiert in Portugal ihren Katastrophenkurs für Griechenland. Der Widerstand wächst

Von Ana Kühn Paz

In Portugal nimmt der Widerstand gegen das Diktat der Troika aus EU-Kommission, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Europäischer Zentralbank (EZB) zu. Nachdem am vergangenen Wochenende bereits 300000 Menschen dem Aufruf des größten Gewerkschaftsverbandes CGTP-Intersindical zum Protest gegen »Sparmaßnahmen, Ausbeutung und Armut« folgten, soll es am 29. Februar in Lissabon und allen Provinzhauptstädten weitere Großdemonstrationen geben. International ruft der Europäische Gewerkschaftsbund für dieses Datum zu einem dezentralen Protesttag gegen den Sparkurs der EU auf. Am 31. März soll dann eine große Jugenddemonstration in Lissabon folgen. Bereits im vergangenen Oktober hatten rund 200000 Menschen in der Hauptstadt und in Porto gegen die Kürzungen demonstriert, die die Regierung und die EU den Beschäftigten aufbürden wollen. Es folgte ein Generalstreik im November, an dem sich mehr als drei Millionen Arbeiter beteiligten.

Die wirtschaftliche Lage Portugals ist nach wie vor besorgniserregend. Innerhalb von zwei Jahren stieg die Arbeitslosenquote von unter elf auf 13,6 Prozent im Dezember 2011. Damit herrscht in dem Zehn-Millionen-Einwohner-Staat die vierthöchste Erwerbslosigkeit aller Euro-Länder, gleich hinter Spanien, Griechenland und Irland. Bei einem von der Regierung eingefrorenen Mindestlohn von derzeit 485 Euro lebt mehr als ein Fünftel der Portugiesen unterhalb der Armutsgrenze. Die dortige Zentralbank prognostiziert für 2012 eine stärkere Rezession als bislang von der Troika erwartet. Das Bruttoinlandsprodukt soll demnach um 3,1 Prozent zurückgehen.

Am Beispiel der Fischindustrie läßt sich verdeutlichen, wie Portugals Wirtschaft zerstört wurde. 1985, ein Jahr vor dem Eintritt des Landes in die damalige Europäische Gemeinschaft, deckte die einheimische Fischproduktion 70 Prozent des inländischen Konsums, 2006 waren es nur noch 23 Prozent. Der Im-

port stieg dagegen von 30 Millionen auf 808 Millionen Tonnen. Im gleichen Zeitraum wurde die gesamte Fischfangflotte von 18000 auf 8754 Schiffe verkleinert. Rund 115000 Arbeitsplätze wurden in der Fang- und Verarbeitungsindustrie vernichtet.

Ähnliche Folgen hatte der Anschluß Portugals an die EG und später die EU in der Metallindustrie und in der Landwirtschaft. Die kleine Republik verlor seither nicht nur schrittweise ihre Ernährungsautonomie, durch die Deindustrialisierung wurden gleichzeitig auch die Exportmöglichkeiten beschränkt. Und die Rezepte der EU-Inspektoren für Portugal sind heute die gleichen, die seit zwei Jahren Griechenland in den Ruin treiben. Neben drastischen Kürzungen im öffentlichen Dienst, im Gesundheitswesen und Bildungsbereich sowie bei den Renten wird auch das Privatisierungsprogramm weiter forciert. Die Staatsanteile an rentablen Unternehmen wie dem Stromkonzern EDP, der Telekommunikationsfirma TP und dem Ölkonzern GALP sollen an ausländisches Kapital veräußert werden. Von dem dafür versprochenen Kredit von 78 Milliarden Euro profitieren nur die Banken, denen allein 35 Milliarden an Zinszahlungen zufließen. Sogar die Troika selbst läßt sich ihre Bemühungen, das Land in die Pleite zu führen, von Lissabon mit 655000 Euro bezahlen.

Der Protest in Portugal richtet sich auch gegen die maßgeblich von der deutschen Bundesregierung etwa beim EU-Gipfeltreffen am 31. Januar betriebene weitere Verschärfung des Kürzungskurses. Die portugiesische KP kommentiert dies: »Der von der deutschen Regierung erzwungene Fiskalpakt ist eine Kriegserklärung an das Recht der Völker auf soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Die dort vorgesehenen Maßnahmen und Regeln – wie die irrationalen und unerreichbaren vorgeschriebenen Defizit- und Schulden Grenzen, die automatischen Sanktionen sowie die Korrekturen und Kontrollmechanismen – sind inak-

zeptabel und würden Länder wie Portugal in echte Protektorate verwandeln.«

Quelle:

www.jungewelt.de/2012/02-16/004.php?sstr

DEN "KROKODILSTRÄNEN" EIN ENDE SETZEN!

Antwort der KKE auf einen Artikel des Vorsitzenden der Partei der Europäischen Linke und Generalsekretärs der Französischen Kommunistischen Partei, P. Laurent

Liebe Genossen!

Es ist wahr, dass die Entwicklung der kapitalistischen Krise in Griechenland, begleitet von einem beispiellosen Angriff auf die Rechte der Arbeiter- und Volksschichten, aber auch von einer gleichermaßen großen Verschärfung des Klassenkampfes, die Blicke der Arbeiter in anderen Ländern wie ein "Magnet" anzieht. Selbst bürgerliche politische Kräfte, die eine enorme Verantwortung für diesen volksfeindlichen Angriff haben, erklären in diesem Zusammenhang, dass sie Mitleid mit dem griechischen Volk haben. Sie sorgen dennoch dafür, dass die Ursachen der Probleme, die das griechische Volk erlebt, verborgen bleiben: die kapitalistische Krise, das Einpfertchen des Landes in den imperialistischen Verbänden der EU und der NATO, die kapitalistische Ausbeutung.

In diesen Rahmen stellen sich auch Vertreter der "Neo-Linke", wie der Brief des Vorsitzenden der Europäischen Linke und Generalsekretärs der Französischen Kommunistischen Partei, P. Laurent, in Bezug auf Griechenland zeigt, welchen ihr vor kurzem in der Rubrik „Leserbriefe“ veröffentlicht habt.

In Wirklichkeit ist das Problem, dem die Arbeiterklasse und die anderen Volksschichten in Griechenland begegnen, kein "Demokratieproblem", keine Auferlegung volksfeindlicher Maßnahmen von außen, von europäischen Staats- und Regierungschefs und vom IWF", wie P. Laurent schreibt. Auch die Koalitionsregierung der Sozialdemokraten der PASOK und der Liberalen der Nea Demokratia in Griechenland ist kein "Opfer" gewisser "europäischer Regierungschefs und des IWF", wie die verzerrende Linse des Vorsitzenden der Partei der Europäischen Linke darstellt.

Die Wahrheit ist jedoch, dass diese Maßnahmen, die unter dem Vorwand der großen Staatsschulden getroffen werden, auf die Stärkung der Kapitalprofitabilität in Griechenland abzielen, durch die dramatische Senkung des Preises der Arbeitskraft. Wir dürfen nicht vergessen, dass in diesem Moment ein Betrag von 600 Milliarden Euro (fast das Doppelte der öffentlichen Verschuldung Griechenlands) von griechischen Kapitalisten nur in Schweizer Banken hinterlegt ist!

Es handelt sich daher um Maßnahmen, die in vollem Umfang den Interessen der Kapitalisten entsprechen, um die Krise auf das Volk abzuwälzen, um Maßnahmen, welche Griechenland auf den Weg zur kapitalistischen Entwicklung bringen sollen, damit das in der vorangegangenen Periode akkumulierte Kapital ge-

winnbringend angelegt werden kann. Es sind Maßnahmen, die im Rahmen der EU von der griechischen Regierung und von der Bourgeoisie, der die beiden regierenden Parteien dienen, mitbeschlossen wurden, und nicht von irgendwelchen "europäischen Staats- und Regierungschefs und vom IWF aufgezwungen".

All diese Maßnahmen standen bereits in den Programmen der PASOK und der ND, sie wurden einst von den EU-Verträgen, beginnend mit dem Vertrag von Maastricht, auf den Weg gebracht. Deshalb sammeln heute die Arbeiterklasse in Griechenland, aber auch in Großbritannien und anderswo negative Erfahrungen im Bezug auf die EU und ihre volksfeindliche Rolle. Gleichzeitig fördert, wie auch in der Vergangenheit, der Vertreter der Partei der Europäischen Linke (EL) in Griechenland, die Partei SYNASPISMOS, die dem Vertrag von Maastricht zugestimmt hat, Illusionen über die EU, indem sie die Mitgliedschaft Griechenlands in der EU als den einzigen Weg präsentiert, im Gegensatz zur KKE, die für die Loslösung von der EU durch die Macht des Volkes kämpft.

Der Vorsitzende der Europäischen Linke spricht von einer "Vormundschaft" der Troika in Griechenland. Ist ihm eigentlich nicht bekannt, dass die Bourgeoisie in Griechenland es seit Jahrzehnten bewusst vorzog, sich aktiv an den imperialistischen Verbänden der NATO und der EU zu beteiligen und dass diese Beteiligung im Rahmen der Wechselabhängigkeit die Abtretung von Souveränitätsrechten an die EU und die NATO vorsieht? Ist ihm nicht bekannt, dass die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) keinen Raum für die Entwicklung im Interesse des Volkes in der Agrarwirtschaft lässt? Wir erinnern daran, dass Griechenland vor dem Beitritt zu der EWG-EU einen Überschuss der Handelsbilanz bei Agrarprodukten hatte, während heute aufgrund der GAP selbst Produkte importiert werden, die in Griechenland angebaut werden. Dabei wurden Hunderttausende von kleinen und mittleren Bauern dem Arbeitslosenheer hinzugefügt.

Der Beitritt Griechenlands in die EU, sowie die enormen Militärausgaben für die NATO, die Politik der Steuererleichterungen für das Kapital im Rahmen der "Wettbewerbsfähigkeit" der Wirtschaft, welche die



PASOK-ND-Regierungen in der Vergangenheit verfolgt haben, sind die "Quellen" der exorbitanten Staatsschulden und Defizite, für die das griechische Volk keine Verantwortung trägt. Aber das übersieht der Vorsitzende der EL, indem er irgendwelche "europäischen Regierungschefs" beschuldigt.

Natürlich, machen wir uns keine Gedanken über das "Versehen" des EL-Vorsitzenden, weil wir wissen, dass die EL der EU Treue schwört und von der EU als "europäische Partei" reichlich finanziert wird, als eine Partei, die die "Prinzipien" der kapitalistischen Ausbeutung akzeptiert, welche für das räuberische Bündnis der EU-Monopole charakteristisch sind. Dazu hat sich die EL schließlich in ihren Statuten und ihren Gründungsdokumenten verpflichtet!

Die Vorschläge der EL über "Wachstum", angeblich "volksfreundliche Sozialfonds", usw., stellen die kapitalistische Herrschaft nicht im Geringsten in Frage. Im Gegenteil spielen die EL und der internationale Opportunismus eine führende Rolle bei der Schaffung von Illusionen. Sie verschönern die imperialistischen Organisationen wie die EU und die EZB, indem sie behaupten, dass diese imperialistischen Organisationen angeblich volksfreundlich sein können, während immer mehr arbeitende Menschen - nicht nur in Griechenland - begreifen, dass der Kapitalismus grundlegende Probleme nicht lösen kann.

Die EL hat ihr Lager gewählt, indem sie die EU und das Ausbeutungssystem unterstützt. Aus diesem

Grund ist sie ein Werkzeug für die Abschaffung der kommunistischen Merkmale von kommunistischen Parteien sowie deren Mutation. Die EL stellt trotz unzähliger entgegen lautender Appelle die Gegner der Arbeiterklasse und der armen Volksschichten in Griechenland nicht in Frage.

Aber die Erfahrung und der Verlauf der Arbeitskämpfe in Griechenland, deren Vorhut die Kommunisten und die klassenorientierte Gewerkschaftsbewegung, die PAME, sind, zeigen, dass sich immer mehr Arbeiter radikalisieren, wenn sie die "Predigten" der Bourgeoisie und der Opportunisten über "Zusammenarbeit der Klassen" und "sozialen Zusammenhalt" überwinden und wenn sie deren "Krokodilstränen" über die Lasten, die das arbeitende Volk auf sich nimmt, ignorieren.

Auf diesem Weg kann die Arbeiterklasse ihren Kampf bis zum Ende führen, bis zur Abschaffung der kapitalistischen Macht und dem Aufbau des Sozialismus.

Abteilung für Internationale Beziehungen des ZK der KKE

Veröffentlicht in der Zeitung „Morning Star“ am 05.03.2012

QUELLE:

<http://de.kke.gr/news/news2012/2012-03-07-morning-star/>

MARXISTISCHE THEORIE

DIE WELTHISTORISCHE MISSION DER ARBEITERKLASSE

Zur materialistisch-philosophischen Begründung der welthistorischen Mission der Arbeiterklasse von Otto Finger

»Ein Grundgedanke der Marxschen Theorie der entfremdeten Arbeit, der Gedanke, dass in der materiellen Produktionstätigkeit selbst die Wurzeln für die feindliche Gewalt gesellschaftlicher Verhältnisse gegen die arbeitenden Menschen liegen, wird hier konkretisiert zur Begründung der objektiven, gesetzmäßigen Notwendigkeit der materiellen Aktion, des wirklichen, materiellen Kampfes gegen diese Verhältnisse. -

Die „Heilige Familie“ gibt in einer für alle nachfolgende Entwicklung gültigen und durch die geschichtlichen Erfahrungen bestätigten Weise präzise den sozialökonomischen Kern der wahrhaft weltgeschichtlichen, den Verlauf und das Wesen der Weltgeschichte in noch nie dagewesener Gründlichkeit verändern und bestimmenden Mission der Arbeiterklasse an. -

Dieser Kern liegt in der folgenden Aktion: Die Arbeit-

terklasse beseitigt das Privateigentum an den Produktionsmitteln und hebt damit sowohl seinen Feind, die Bourgeoisie auf, wie sich selbst – es hebt sich als besitzlose, ausgebeutete, geknechtete, verelendete Klasse der Lohnarbeiter [Frauen und Männer] auf. -

Darauf, dass diese Umwälzung nur den Charakter einer wirklichen Revolution, einer gewaltsamen Veränderung des Bestehenden haben kann, verweisen in der „Heiligen Familie“ solche Wendungen wie die folgenden: die Proletarier bilden innerhalb des dialektischen Gegensatzes von besitzender und arbeitender Klasse die „destruktive Partei“. Von dieser Partei gehe die „Aktion seiner Vernichtung“ aus. -

Und schließlich: „Wenn das Proletariat siegt, so ist es dadurch keineswegs zur absoluten Seite der Gesellschaft geworden, denn es siegt nur, indem es sich selbst und sein Gegenteil aufhebt“ [1/38] -

Das Proletariat als „destruktive“, d. i. die Sprengung

der bürgerlichen Ordnung herbeiführenden Partei, sein politisches Handeln als Aktion der Vernichtung der bestehenden Ausbeuterverhältnisse begriffen, endend mit einem Sieg, der in eins fällt mit der Errichtung gänzlich neuer Verhältnisse, die ganz und gar und für immer hinaus sind über das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital als den dialektischen Polen der alten Gesellschaft – dies sind die wesentlichen revolutionären Bestimmungen der weltgeschichtlichen Rolle der Arbeiterklasse. -

Der Kapitalismus selbst erzeugt nicht bloß in der Masse der vom Kapital ausgebeuteten Proletarier die soziale Kraft dieser revolutionären Umwälzung, er beginnt auch bereits das Proletariat so zu organisieren und zu disziplinieren, dass es fähig wird, die Unmenschlichkeit seiner eigenen und aller bisherigen gesellschaftlichen Lebensbedingungen aufzuheben. -

Diese konkrete Dialektik der revolutionären Bewegung, die Wechselbeziehung von objektiven Bedingungen und subjektiven Faktoren, das Verhältnis von sozialökonomischem Gesetz der Revolution und ihrer wissenschaftlichen Ideologie, die Rolle der Organisiertheit, Bewusstheit und der Führungsaufgaben der proletarischen Partei – alle diese näheren Bestimmungen der Theorie der sozialistischen Revolution werden erst in den nachfolgenden Arbeiten entwickelt, bis sie schließlich im „Kommunistischen Manifest“ zu einem philosophisch, politisch-ökonomisch, wissenschaftlich-sozialistisch geschlossenen ganzen eines Programmes der proletarischen Revolution vereinigt sind. -

Die „Heilige Familie“ stößt aber bereits vor bis zur philosophischen Begründung der Gesetzmäßigkeit dieser Revolution als einer Revolution der Arbeiterklasse und als einer Revolution im Lebensinteresse der Volksmassen. Nicht revolutionärer Wunderglaube, nicht das utopische Wunschbild bestimmt den Geist der marxistischen Revolutionstheorie, sondern der konsequent-materialistische Standpunkt von der objektiven Gesetzmäßigkeit auch der revolutionären Entwicklungssprünge in der menschlichen Gesellschaft:

„Wenn die sozialistischen Schriftsteller dem Proletariat diese weltgeschichtliche Rolle zuschreiben, so geschieht dies keineswegs ... weil sie die Proletarier für Götter halten. Vielmehr umgekehrt. Weil ... in den Lebensbedingungen des Proletariats alle Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft in ihrer unmenschlichsten Spitze zusammengefasst sind, weil der Mensch in ihm sich selbst verloren, aber zugleich ... durch die nicht mehr abzuweisende, nicht mehr zu beschönigende, absolut gebieterische Not – den praktischen Ausdruck der Notwendigkeit – zur Empörung gegen diese Unmenschlichkeit gezwungen ist, darum kann und muss das Proletariat sich selbst befreien. Es kann sich aber nicht selbst befreien, ohne

seine eigenen Lebensbedingungen aufzuheben. Es kann seine eigenen Lebensbedingungen nicht aufheben, ohne alle unmenschlichen Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft, die sich in dieser Situation zusammenfassen, aufzuheben. Es macht nicht vergebens die harte, aber stählerne Schule der Arbeit durch. Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist, und diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird. Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist in seiner eignen Lebenssituation weil in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig, unwiderruflich vorzeichnet.“ [2/39]

Dieser Gedankengang enthält in der Tat den ersten Entwurf des weltanschaulichen Ganzen der Marx'schen und Engelschen Revolutionstheorie als einer Einheit von Materialismus und Dialektik, von Philosophie und Ideologie, von sozialökonomischer Analyse und politisch-ideologischer Zielsetzung.

Die von uns herausgehobenen Leistungen des ersten Gemeinschaftswerkes von Karl Marx und Friedrich Engels verdeutlichen, was Lenin in seinem biographischen Abriss über Karl Marx als die Beseitigung zweier Hauptmängel früherer Geschichtstheorien gekennzeichnet hat. Und zwar als Ergebnis der Ausdehnung des Materialismus auf das Gebiet der gesellschaftlichen Erscheinungen. -

Die alten Geschichtstheorien hatten, wie Lenin betont, „... erstens im besten Falle nur die ideellen Motive des geschichtlichen Handelns der Menschen zum Gegenstand der Betrachtung gemacht, ohne nachzuforschen, wodurch diese Motive hervorgerufen werden, ohne die objektive Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung des Systems der gesellschaftlichen Verhältnisse zu erfassen ..., zweitens hatten die früheren Theorien gerade die Handlungen der Massen der Bevölkerung außer acht gelassen ...“ [3/40]

Im Prozess der Überwindung beider Hauptmängel der vormarxistischen Geschichtstheorien – die auch Grundmängel aller heutigen antimarxistischen Sozialtheorien sind – hat die „Heilige Familie“ Entscheidendes geleistet. «

Anmerkungen

1/38 Friedrich Engels und Karl Marx, Die heilige Familie, S. 37 f.

2/39 Ebenda, S. 38.

3/40 W. I. Lenin, Karl Marx, in: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 45.

Quelle: Philosophie der Revolution. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1975. Studie zur Herausbildung der marxistisch-leninistischen Theorie

der Revolution als materialistisch-dialektischer Entwicklungstheorie und zur Kritik gegenrevolutionärer Ideologien der Gegenwart. Autor: Otto Finger. Vgl.: 4.10. Zur materialistisch-philosophischen Begründung der welthistorischen Mission der Arbeiterklasse, in: 4. Kapitel: Materialismus und revolutionäres Klas-

senbewusstsein contra subjektiven Idealismus (zur aktuellen weltanschaulichen Bedeutung der „Heiligen Familie“).

18.03.2012, Reinhold Schramm (Bereitstellung)

LITERATUREMPFEHLUNGEN

Über Meinungsfreiheit und Verteidigung des Baskischen.

Ingo Niebel belegt die fachliche und moralische Inkompetenz des „Starrichters“ Garzón

INGO NIEBEL: SCHREIBEN FÜR DAS BASKENLAND

Es passiert mitten in Europa: Zwischen 1998 und 2003 schließt der spanische Staat vier baskische Medien, die Tageszeitungen Egin und Egunkaria, den Radiosender Egin Irratia und das politische Magazin Ardi Beltza.

Seine Polizei verhaftet über zwei Dutzend baskische Journalistinnen und Journalisten, von denen sie einige während der Isolationshaft foltert. Es folgen ab 2005 Massenprozesse, in denen die Madrider Justiz Journalisten und Verlagsmitarbeiter zu langen Haftstrafen verurteilt. Verantwortlich für diese regide Unterdrückung der Presse- und Meinungsfreiheit, für Folter und Haftstrafen ist die Audiencia Nacional, das Sondergericht für Terror-, Drogen- und Wirtschaftsdelikte in Madrid, das seinen Ursprung in der Franco-Diktatur hat.

Der deutsche Historiker und Journalist Ingo Niebel bettet diese Ereignisse ein in eine Beschreibung der – baskischen Medienlandschaft seit dem Ende des Franco-Faschismus 1978,

- Auseinandersetzungen um eine ungehinderte Entwicklung der baskischen Sprache und Kultur,
- »Homogenisierung« der nationalspanischen Medien in ihrer Berichterstattung über den spanisch-baskischen Konflikt und
- Ermordung von baskischen Journalisten durch Todesschwadronen und der Anschläge der baskischen Untergrundorganisation ETA gegen Medienschaffende.

Detailliert geht er auf die Rolle des Sondergerichts Audiencia Nacional und des international bekannten Untersuchungsrichters Baltasar Garzón ein, der die Schlüsselrolle bei der Schließung baskischer Medien und Verurteilung ihrer Redakteure spielt. Für die deutsche Öffentlichkeit ist Baltasar Garzón noch aus einem besonderen Grund von Interesse, hat ihm doch der deutsche PEN-Club 2009 den Hermann-Kesten-Preis für Menschenrechte verliehen. Das Internationale PEN-Zentrum in London dagegen führt die bei-

den Egin- Journalisten Xabier Salutregi und Teresa Toda, Garzóns Opfer, als »Writers in Prison«.

In seinem Schlusskapitel skizziert Ingo Niebel die Aussichten auf eine demokratische und gerechte Lösung des spanisch-baskischen Konflikts angesichts der Einstellung der bewaffneten Aktionen von Seiten der ETA im Oktober 2011.

Das Vorwort der Vorsitzenden des Baskischen PEN-Clubs Laura Mintegi verdeutlicht die Haltung der baskischen Zivilgesellschaft zu den Perspektiven für eine friedliche Lösung des Konflikts, zur denen als absolute Voraussetzung die Achtung der Bürger- und Menschenrechte durch den spanischen Staat gehört.

Niebel, Ingo. *Schreiben für das Baskenland. Journalisten gegen Madrider Lügen, Medienverbote, Folter und Haft.* Bonn: Pahl-Rugenstein, 2012. ISBN 978-3-89144-502-0, 130 S., br., 9,95 Euro.

Weitere Bücher von Ingo Niebel:

Niebel, Ingo. *Al infierno o a la gloria. Vida y muerte del ex cónsul y espía Wilhelm Wakonigg en Bilbao 1900-1936.* Irun: Alberdania, 2009. ISBN 978-84-9868-055-3, 344 p., 27,50 Euro.

Niebel, Ingo. *Das Baskenland. Geschichte und Gegenwart eines politischen Konflikts.* Wien: Promedia, 2009. ISBN 978-3-85371-294-8, 240 S., br., 17,90 Euro.

weitere Infos:

http://www.berriak-news.de/index.php?option=com_content&view=article&id=90&Itemid=51&lang=de



DAS LETZTE

KIG 2010 FEIERT

2012		www.kommunistische-initiative.org				
	JANUAR	FEBRUAR	MÄRZ	APRIL	MAI	JUNI
0	52 1 2 3 4 5	5 6 7 8 9	9 10 11 12 13	13 14 15 16 17 18	18 19 20 21 22	22 23 24 25 26
O	2 9 16 23 30	6 13 20 27	5 12 19 26	2 9 16 23 30	7 14 21 28	4 11 18 25
I	3 10 17 24 31	7 14 21 28	6 13 20 27	3 10 17 24	1 8 15 22 29	5 12 19 26
II	4 11 18 25	1 8 15 22 29	7 14 21 28	4 11 18 25	2 9 16 23 30	6 13 20 27
III	5 12 19 26	2 9 16 23	1 8 15 22 29	5 12 19 26	3 10 17 24 31	7 14 21 28
IV	6 13 20 27	3 10 17 24	2 9 16 23 30	6 13 20 27	4 11 18 25	1 8 15 22 29
V	7 14 21 28	4 11 18 25	3 10 17 24 31	7 14 21 28	5 12 19 26	2 9 16 23 30
VI	8 15 22 29	5 12 19 26	4 11 18 25	8 15 22 29	6 13 20 27	3 10 17 24
	JULI	AUGUST	SEPTEMBER	OKTOBER	NOVEMBER	DEZEMBER
10	26 27 28 29 30 31	31 32 33 34 35	35 36 37 38 39	40 41 42 43 44	44 45 46 47 48	48 49 50 51 52 1
10	2 9 16 23 30	6 13 20 27	3 10 17 24	1 8 15 22 29	5 12 19 26	3 10 17 24 31
I	3 10 17 24 31	7 14 21 28	4 11 18 25	2 9 16 23 30	6 13 20 27	4 11 18 25
II	4 11 18 25	1 8 15 22 29	5 12 19 26	3 10 17 24 31	7 14 21 28	5 12 19 26
III	5 12 19 26	2 9 16 23 30	6 13 20 27	4 11 18 25	1 8 15 22 29	6 13 20 27
IV	6 13 20 27	3 10 17 24 31	7 14 21 28	5 12 19 26	2 9 16 23 30	7 14 21 28
V	7 14 21 28	4 11 18 25	1 8 15 22 29	6 13 20 27	3 10 17 24	1 8 15 22 29
VI	8 15 22 29	5 12 19 26	2 9 16 23 30	7 14 21 28	4 11 18 25	2 9 16 23 30

01. Neujahr 06.04. Karfreitag 09.04. Ostermontag 01.05. Maifeiertag 12.05. Christi Himmelfahrt
 05. Pfingstmontag 03.10. Tag der Deutschen Einheit 25./26.12. Weihnachten (alle Angaben ohne Gewähr)
 www.Taschenkalender.de Telefon: (02 51) 67 52 52 52

Die KIG 2010, eine Abspaltung von der Kommunistischen Initiative, ist an sich keiner Rede wert. Ihre Funktion, gegenüber der KI durch ihre Existenz Verwirrung zu stiften, ist offenbar. Vor allem fällt sie auf durch das Ringen um Bestätigung bei diesen und jenen, so vor Jahresfrist mit einem peinlich gescheiterten Appell an KPD und DKP anlässlich einer Festveranstaltung. Mittlerweile hockt man mit ex-MLPD- und KPD/ML-Leuten an einem Tisch, die die DDR mitnichten als größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse sehen, sondern mit Hinblick auf den 17.06.53 schwammig-eindeutig von einem „Aufstand, der vielerorts in der Erstürmung von Gefängnissen und anderen Zitadellen der SED-Herrschaft in der DDR führte“, schwadronieren.

Für 2012 haben sich die KIG-Kämpfer „eine marx-len. Auseinandersetzung mit der Wertung der Persönlichkeit Stalins und dem „Stalinismus““ vorgenommen und schon gleich klargemacht, wohin der Karren holpert: Es geht ihnen darum, „Kommunisten der verschiedensten sich kommunistisch verstehenden Parteien und Gruppierungen auf dem Boden der wissenschaftlichen Grundlagen von *Marx, Engels und Lenin* zu einen.“ Fehlt da nicht einer? Und – bei den gegenwärtig einbezogenen Diskutanten muss

gefragt werden, ob's hier um Kompromisse (also Aufgabe von Positionen) geht. Oder will man auf den o.g. stalinentsorgten gestählten Positionen den Vertretern einer Sozialfaschismus-These gegenüberreten, die nie etwas anderes taten, als die DDR zu diskreditieren und so dem Imperialismus zu Diensten waren? Wie sinnig...

Sei's wie's sei – um die Aufgaben besser meistern zu können, gibt's nun auch einen Taschenkalender für 2012, randvoll mit wichtigen Feiertagen: Jahrestag der Oktoberrevolution? Frauentag? 8. Mai? Gründung der DDR? Nicht doch, wir reden ja von der KIG 2010, also: Karfreitag, Ostermontag, Christi Himmelfahrt, Weihnachten. **Und was feiert die KIG 2010 noch? Ja, richtig: den 03. Oktober, imperialistischer „Tag der deutschen Einheit“ und Feiertag zur Konterrevolution in der DDR!**

So positioniert, steht der KIG 2010 auch Gesprächen mit der MLPD nichts mehr im Weg, bei der es heißt: „Wenn wir heute des Mauerbaus gedenken, dann umfasst das auch die Freude über den Fall der Mauer 1989, als die Massen in der ehemaligen DDR nicht mehr zu halten waren und mutig und entschlossen die Wiedervereinigung erkämpften. [...]“ So die

MLPD in rf-news.de/2011/kw32/50-jahre-mauerbau-zwei-arten-des-gedenkens/.

Das Ganze heißt in KIG 2010-Diktion dann wohl „bewährte Losung ‚Einheit durch Klarheit und Klarheit zur Einheit‘“. Aha. Dann doch lieber

KLARHEIT VOR EINHEIT!

***MIT KOMMUNISTISCHEM GRUß,
MARTIN***

**www.kommunistische-initiative.de
kontakt@kommunistische-initiative.de**